

Animal Public

1. Handel mit Wildtieren:

Frage 1.1:

Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Wildfängen für die Privathaltung einsetzen?

Frage 1.2:

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot gewerblicher Exotenbörsen einsetzen?

Frage 1.3:

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Privathaltung von Wildtieren durch Positivlisten zu regulieren?

Frage 1.4:

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Handel und die Haltung von Wildtieren, die nach nationalem Recht im Herkunftsland illegal exportiert wurden, auch in Deutschland unter Strafe gestellt werden?

Antwort zu den Frage 1.1 bis 1.4:

Wir wollen den internationalen Wildtierhandel beschränken und damit den Arten- und Tier-schutz stärken. Dafür ist u.a. ein Importverbot für bestimmte Tierarten erforderlich. Nicht länger erlaubt sein sollen die Importe von Arten in die EU, die bereits international geschützt sind. Auch solche Arten, die zwar im Herkunftsland geschützt und deren Fang sowie Export verboten sind, die aber keinem internationalen Schutzstatus unterliegen, sollen nicht in die EU importiert werden dürfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier vom Juni 2015 beschlossen, sich für die Einführung einer Positivliste für Tiere, die in Deutschland legal gehalten werden dürfen (Heim- und Wildtiere), einzusetzen. Wir sehen eine Positiv/Negativliste als ultima ratio, wenn unsere Vorstellungen z.B. zu einer besseren Regelung von gewerblichen Tierbörsen und einer Sach- und Fachkunde für Menschen, die mit Tieren zu tun haben, nicht wirken.

Besser als ein Haltungsverbot für exotische Tiere ist ein Verkaufsverbot auf gewerblichen Tierbörsen. Tiere sollten nur gehalten werden dürfen, wenn ihre Besitzer ihnen entsprechende Haltungsbedingungen bieten können. So brauchen beispielsweise viele Vogelarten des tropischen Urwalds dauerhaft eine hohe Luftfeuchte; andernfalls kommt es häufig zum sogenannten „Federrupfen“. Wir werden prüfen, welche Tierarten so hohe Haltungsansprüche haben, dass sie nur über spezialisierte Händler erworben werden

können, die das erforderliche Fachwissen haben und in der Lage sind, ihre Kunden entsprechend zu beraten. Fach- bzw. Sachkunde sind zentral, um eine artgerechte Haltung sicherzustellen.

Die SPD hat mit der CDU/CSU in einem gemeinsamen Antrag (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/087/1808707.pdf>) die Bundesregierung aufgefordert, ein Verkaufsverbot für exotische Tiere auf gewerblichen Tierbörsen zu prüfen und auf die Bundesländer einzuwirken, die Überwachung von Tierbörsen bundesweit zu intensivieren. 2018 wird voraussichtlich die sogenannte „Exopet-Studie“ abgeschlossen, die u.a. auch Hinweise zu Anforderungen an die Durchführung von Tierbörsen enthalten wird. Wenn Tierbörsen den im Tierschutzgesetz formulierten Ansprüchen nicht genügen – und dafür wird die Exopet-Studie Anhaltspunkte bieten - müssen Maßnahmen ergriffen werden können, um die Missstände abzustellen.

Der illegale Import bzw. die Haltung von geschützten Wildfängen, steht bereits unter Strafe. Problematisch ist hier jedoch die Führung des Nachweises, dass es sich nicht um nachgezüchtete Tiere handelt.

2. Wildtierhaltung im Zirkus:

Frage 2:

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus einsetzen?

Antwort:

Auch für Zirkustiere gelten hohe Ansprüche an die Haltung von Tieren. In der Gesellschaft ist die Einsicht gewachsen, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen nicht möglich ist. Daher wollen wir ein Verbot für das Halten bestimmter wild lebender Tiere im Zirkus. Dieses soll für u.a. Affen (nicht menschliche Primaten), Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner, Großkatzen und Flusspferde gelten.

3. Novellierung des Jagdgesetzes:

Frage 3:

Strebt Ihre Partei eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes an? Wenn ja, welche Änderungen möchten Sie vornehmen?

Antwort:

Die SPD strebt eine Novellierung des Jagdgesetzes an. Dies ist notwendig, um den Ausstieg aus der bleihaltigen Munition abzuschließen. Die Vorschriften zur Erlangung des Jagd- und des Falknerscheines müssen aktualisiert werden. Die Anforderungen an die Schießprüfung müssen erhöht werden, damit die Schüsse sicher sitzen und den Tieren unnötiger Schmerz erspart wird. Ansitzeinrichtungen müssen weit genug von Querungshilfen entfernt sein. Für die Jagd in NATURA 2000 - Gebieten und in Nationalparks brauchen wir eine Regel, die verhindert, dass es zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Schutzziele des Gebietes kommt. Ferner wäre es hilfreich, wenn die Jagdzeiten neu bestimmt und rechtssicher festgelegt würden. Diese Sachverhalte wollten wir in der gegenwärtigen Wahlperiode gemeinsam mit der Union regeln, doch leider hat sie sich, als es um die Verabschiedung ging, ihrer Verantwortung nicht gestellt und ihre Mitarbeit zurückgezogen.

4. Haltung von Tieren in Zoos:

Frage 4.1.:

Setzt sich Ihre Partei für ein Ende der Haltung von Delfinen in Gefangenschaft ein?

Frage 4.2:

Befürworten Sie die Anerkennung der Grundrechte Großer Menschenaffen?

Frage 4.3:

Setzt sich Ihre Partei für eine Novellierung des §42 Bundesnaturschutzgesetz ein?

Frage 4.4:

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass rechtswidrige Praktiken, wie das Flugunfähigmachen von Zoovögeln konsequent unterbunden werden?

Antwort auf die Frage 4.1 bis 4.4:

Delfinarien in unserem Land sind für uns ein Auslaufmodell. Sie entsprechen nicht unserem Verständnis von modernen Zoos. Eine sofortige Schließung der beiden letzten Delfinarien in Nürnberg und Duisburg würde zu kurz greifen und die eigentlichen Probleme nicht lösen. Die jetzt in Gefangenschaft lebenden Delfine und teilweise dort geborenen Tiere können nicht ausgewildert werden, sie würden sich in freier Natur nicht (mehr) zurechtfinden. Es kommt daher darauf an, den jetzt in den Delfinarien von Nürnberg und Duisburg lebenden Delfinen möglichst optimale Haltungsbedingungen zu bieten und mittelfristig aus der Haltung von Delfinen auszusteigen. Darüber hinaus müssen internationale Herausforderungen angegangen werden: Der gezielte Fang von Delfinen, die Vermüllung der Meere, Delfine als Beifänge, steigender Schiffsverkehr sind drängende Probleme. Allem voran stehen der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die gesamte maritime Ernährungskette.

Die Anerkennung der Grundrechte großer Menschenaffen ist in der SPD noch nicht thematisiert worden. Es ist aber zu vermuten, dass es für die Änderung des Grundgesetzes in diesem Sinne keine Zweidrittelmehrheit geben würde.

Eine Novellierung des § 42 BNatSchG ist in der SPD ebenfalls noch nie thematisiert worden.

Das Flugunfähigmachen von großen Zoovögeln ist nach dem Tierschutzgesetz nicht zulässig. Aus unserer Sicht liegt hier, soweit es die Zoos mit Erhaltungsprogrammen betrifft, ein Zielkonflikt mit dem Artenschutz vor. Das Stutzen der Flügel schränkt natürlich den Bewegungsradius der Vögel ein, ist aber als Kompromiss der Haltung in kleineren Volieren vorzuziehen. Die Entscheidung darüber, ob hier eine Beanstandung vorgenommen wird, liegt bei den Ländern, die für den Vollzug zuständig sind.

5. Strukturelle Stärkung des Tierschutzes:**Frage 5.1:**

Setzt sich Ihre Partei für die Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände auf Bundesebene ein?

Frage 5.2:

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines hauptamtlichen, unabhängigen Tierschutzbeauftragten einsetzen?

Antwort:

Wir wollen das Amt einer bzw. eines Bundesbeauftragten für Tierschutz schaffen, um den Tieren eine überparteiliche Stimme auch auf Bundesebene zu geben. Zunächst ist dafür zu klären, welche Befugnisse und Mittel ein solches Amt haben soll. Ziel muss sein, den Tierschutz in Deutschland weiter zu stärken und voranzubringen. Unsere Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen bleibt von dem Streben nach einer Tierschutzbeauftragten bzw. einem Tierschutzbeauftragten unberührt.